

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1.80**. Monatlich **55 Pfg.** Postzusatz 10 Pfg. Nr. 4089 a, 6. Nachtrag. Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile jeber deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 162.

Dienstag den 15 Juli 1902.

9. Jahrgang.

Sterben eine Vellege.

Dreizehntausenddreihundertdreundachtzig Millionen Schulden.

So hoch beläuft sich der Betrag der Staatsschulden im Deutschen Reich und in den einzelnen Bundesstaaten zusammen. Eine hübsche Summe, die alljährlich von dem deutschen Volke bezinst werden muß, damit die Kapitalisten, die dem Staate Geld vorgeschossen haben, für diese „patriotische“ That belohnt werden. Pro Kopf hat das Volk alljährlich gegen zehn Mark Zinsen aufzubringen. Diese hohe Schuldenlast ist die Folge der enormen Steigerung der Ausgaben in Reich und Bundesstaaten. Eine vergleichende Statistik bezieht die gesamten Ausgaben im Reich und in den Einzelstaaten auf 6786 Millionen Mark, denen Einnahmen im Betrage von 6762 Millionen Mark gegenüber stehen. Inzwischen hat sich dies Verhältnis verschlimmert; man muß mit einem Defizit von 70-80 Millionen rechnen, das sich noch erhöhen kann, wenn die wirtschaftliche Krise anhält und wenn in Folge dessen sich noch weitere Mindererträge aus den Steuern ergeben.

Die Finanzklemme ist rascher eingetreten, als man erwartet hatte. Sie mußte aber früher oder später kommen als eine Wirkung der „uferlosen“ Flottenpolitik und des so weit verbreiteten Weltmachtsdünkels. Und nun kommt die Nachricht von neuen Flottenverstärkungen, die von den Offizieren so „dementirt“ worden ist, daß man einer Vorlage, die neue Schiffe verlangt — und zwar über die früher vorbehaltene Anzahl hinaus — für die nächste Zeit entgegensehen muß.

Wohin man mit unseren Finanzen bei einer solchen unaufhörlichen Steigerung der Ausgaben kommen muß, ist unsicher vorauszuweisen. Wir gelangen entweder zu einer Finanzkatastrophe oder zu einer völligen Erschöpfung. Das kann sich noch manches Jahrzehnt hinausziehen, aber der Abrutsch auf der schiefen Ebene, wohin unser Finanzwesen gedrängt worden ist, kann nur zu dem einen oder dem anderen Endziel führen, falls nicht noch eine „Umkehr“ ermöglicht wird.

Diese wäre nur möglich durch Sparsamkeit. Aber dann müßte das ganze jetzt herrschende System abtanken; dann gäbe es keine Weltpolitik, keine Flottenpolitik, keine Kolonialpolitik mehr. Sonach muß dies System seinen gewiesenen Weg gehen und muß in die Sackgasse hoffnungsloser Verschuldung schließlich hineingerathen.

Wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Und sie haben offenbar die Absicht, die Finanzen Deutschlands zu verderben, denn die „Finanz-Autoritäten“ sind offenbar wie mit Blindheit geschlagen.

Man hätte erwarten können, daß auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre sich die Herren Finanzmänner entschließen würden, die größeren und großen Einkommen mehr heranzuziehen. Die sämtlichen Ausgaben aus einer nach oben stark progressiven Einkommensteuer zu decken — zu diesem Gedanken haben sie sich noch niemals erheben können. Sie betrachten eine solche Steuer wahrscheinlich immer noch als eine „kommunistische Einrichtung“, wie es die Kamarilla am preussischen Hofe in den fünfziger Jahren that.

Wie man in den Kreisen der Finanzstaatsmänner von einer Finanzreform denkt und spricht, das beweist zur Genüge das jüngst erschienene, auf diesen Gegenstand bezügliche Buch des ehemaligen Unterstaatssekretärs v. Mayr, der in seinen Schichten als eine Autorität im Finanzwesen betrachtet wird. Herr v. Mayr ist derselbe, der seiner Zeit die Berechnungen über die muthmaßlichen Erträge eines Tabaksmonopols aufstellte, als Bismarck ein solches im Reiche einzuführen beabsichtigte. Damals jedoch schnitt Herr v. Mayr nicht gut ab. Der Reichstag begrub den Monopol-Entwurf mit einer ungeheuren Mehrheit und die Sozialdemokraten stimmten auch gegen das rein fiskalische Projekt.

Herr v. Mayr vertritt in seinem Buch die weitere Ausdehnung der direkten Besteuerung überhaupt. Die Gründe, die er dafür vorbringt, sind die bekannten und wir brauchen darum auf dieselben nicht einzugehen. Sein Buch, das von der loyalen Presse als „ausgezeichnet“ gepriesen wird, enthält als Kern seiner Ausführungen den funkelndgelackten Vorschlag, das indirekte Besteuerungssystem beizubehalten und die Ausgaben auf die Massenverbrauchsartikel zu erhöhen. Es soll also einfach „fortgewurstelt“ werden wie bisher und die Herren Finanzmänner verschmähen es in olympischer Sicherheit, aus den bisherigen Erfahrungen die nöthigen Lehren zu ziehen.

Die Massenverbrauchsartikel, auf deren Mehrbelastung es hier abgesehen ist, kennt man schon; es sind in erster Linie natürlich Bier und Tabak. Die Autorität Mayr wird hoffentlich wissen, daß die Erträge solcher Verbrauchssteuern in einem bestimmten Verhältnis zu der ganzen wirtschaftlichen Situation stehen. Je mehr das Volkseinkommen

zurückgeht, desto mehr gehen auch die Erträge solcher Steuern schließlich zurück. Die gegenwärtige Finanzklemme ist zum guten Theil durch solche Erscheinungen hervorgerufen worden. Der Klassenstaat kann schließlich es doch nicht so machen, wie es vor Zeiten andere Staaten machten, welche die Bürger zwangen, von gewissen Artikeln möglichst viel zu verbrauchen, um die darauf gelegten Steuern möglichst ergiebig zu gestalten. Das geht heute denn doch nicht mehr. Man kann den zu brennenden Branntwein kontingentiren, aber man kann keinen Deutschen zwingen, mehr Tabak zu rauchen oder mehr Bier zu trinken, als er Lust hat. Und hier erscheint die finanztechnische Schwäche des indirekten Besteuerungssystems. Die Lebenshaltung des Volkes bestimmt die Steuererträge und an einem gewissen Punkt muß die indirekte Besteuerung überhaupt Halt machen, weil sie sonst unergiebig wird.

Wenn gewissen Steuertechnikern direkt die Aufgabe gestellt worden wäre, das Finanzwesen mit der Zeit zur Erschöpfung oder einer Katastrophe zu treiben, so könnten sie es kaum anders machen. Sie beharren eben bei dem System, das uns in die Klemme gebracht hat, und führen es fort, oder empfehlen gar, es noch zu erweitern, was die Finanzklemme nur mit der Zeit noch vergrößern kann.

Wir haben keinen Grund, zu jammern, wenn sich das gegenwärtige System unhaltbar macht. Was wir bedauern, ist nur, daß dabei die Arbeiter so stark „bluten“ müssen, während die herrschenden Klassen sich soviel wie möglich davon drücken.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei der Reichstagswahl in Bayreuth erhielt nach dem abschließenden, wenn auch noch nicht amtlichen Ergebnis Hagen (N.) 8549 Stimmen und Hugel (S.D.) 7600. Im ersten Wahlgange hatten der Kandidat der Nationalliberalen 3911, der des Bundes der Landwirthe 3295, der Sozialdemokrat 5498 und der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei 1164 Stimmen erhalten. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1898 siegte der Nationalliberale v. Fischer mit 9411 Stimmen über den sozialdemokratischen Kandidaten, auf den 5994 Stimmen entfielen. — Manu solz darf der nationalliberale Kandidat, der seine Wahl lediglich der Hilfe der Brodwucherer und Freisinnigen verdankt, auf den Sieg nicht sein.

Das Inkrafttreten des Fleischbeschaugesetzes ist durch eine kaiserliche Verordnung endgültig auf den 1. April 1903 festgesetzt, soweit nicht für einzelne Theile schon ein früherer Zeitpunkt bestimmt war. Bekanntlich sind vom Fleischbeschaugesetz mit dem Tage der Veröffentlichung im Juli 1900 diejenigen Vorschriften in Kraft getreten, die sich auf die zur Durchführung der Schlachtvieh- und Fleischschau erforderlichen Einrichtungen beziehen. Außerdem ist mit dem 1. Oktober 1900 das Verbot der Einfuhr von Büchsenfleisch und Würsten in Kraft getreten. Bestimmungen über die Verwendung von gesundheitsgefährlichen Zusätzen zu Fleisch hat der Bundesrath vor einigen Monaten erlassen.

Ueber die monarchischen Güter von Thron und Altar machen die „Grenzboten“ anmutigste Enthüllungen. Da wird über den Klatsch geklagt, mit dem die konservative Fronde das Reichsoberhaupt verfolgt:

„Ein Strebertum, das mit einem Ohr nach den jenseitigen Wünschen des „Chefs“, des „Herrn“ horcht und mit dem anderen ebenso gespannt auf die Parteiinteressen und die Parteiforderungen aufmerkt, um, je nachdem es der persönliche Vortheil heischt, seine Meinung zu gestalten, wird für das Reich und Preußen ein Fluch. Die traurige Ueberhandnahme des Klatsches aber des Kaisers, der ihn die Fronde seit Jahren pflegt, ist ein Anzeichen dafür, daß dieses Strebertum schon viel weiter, als erträglich ist, um sich gegriffen hat. Täglich, in den Kreisen, in der Gesellschaft, im Bunde tritt auf einen Minister, unseren wirklichen und anderen Geheimräthen, unseren Regierungsräthen und Assessoren dieser Klasse nahe. Sie kennen ihn alle ganz genau, und aus ihrem eigenen Verhalten ihm gegenüber kann und soll jeder einzelne das Urtheil darüber fällen, ob er ein pflichttreuer Beamter ist oder ein gesinnungsloser Streber. Für das Fortwachen des Klatsches in ihrem eigenen Kreise sind sie jedenfalls im vollen Umfang und allein verantwortlich. Ob sie es in demselben Umfang auch für die verheerende Wirkung des Klatsches in der breiten Masse der mittleren und der unteren Beamten sind, scheint in Preußen schon deshalb zweifelhaft, weil hier die immer weiter gediehene kastenmäßige Abschließung und Ueberhebung der oberen Beamtentümer allmählich so gut wie jedes Verhältniß und Erleichterungsvermögen für das politische und soziale Empfinden der unteren Beamtentümer geraubt hat. Es kann ihnen deshalb vielleicht entgangen sein, mit welchem Eifer gerade hier der Klatsch über den Kaiser aufgenommen und weiter gesponnen wird, trotz aller zur Schonung getragenen Loyalität.“

Gegen diese Sorte von Majestätsbeleidigungen scheint kein Strafparagraf gewachsen zu sein. Denn sie geschehen im konservativen, also staatsbehaltenden Interesse.

Eine gute Antwort auf den oberflächlichen Kurs gaben die Arbeiter in Königsbütte. Bei der Ge-

werkschaftswahl errangen die Kandidaten des Gewerkschaftskartells mit 635 Stimmen gegen 149, die die „Christlichen“ auf sich vereinigten, den Sieg. — Es geht vorwärts und die unerhörten Opfer sind wenigstens nicht umsonst gebracht.

Ein böser Streich ist der Prager Polizeibehörde gespielt worden. Wie gemeldet wird, langte an die Prager Polizeibehörde aus einer deutsch-polnischen Gemeinde an der russischen Grenze eine autographirte Postkarte an, in welcher um Veröffentlichung eines Steckbriefes im Polizeianzeiger ersucht wurde. Die Polizei druckte diese Einsendung ab und gewährte erst nach dem Erscheinen des Polizeianzeigers, daß der „Steckbrief“ sich auf den Deutschen Kaiser beziehe. Sofort wurde telegraphisch von allen Behörden, an welche der Polizeianzeiger gesendet worden war, die betreffende Nummer von der Polizei zurückverlangt. Von der Prager Polizei sind zugleich auch die Berliner Behörden von dem Versehen verständigt worden. Die strengste Untersuchung wurde eingeleitet. Der angebliche Steckbrief soll die schwersten, nicht wiederzugebenden Beleidigungen des deutschen Kaisers mit Bezug auf seine Marienburger Rede enthalten.

Wer seinen Arbeitern den Lohn nicht zahlt... Aus Trendelburg bei Hofgeismar wird unterm 11. Juli berichtet: „In Folge von Lohnstreitigkeiten kam es auf der hiesigen Domäne gestern zu argen Ausschreitungen. In dem Glauben, daß sie bei der Auszahlung von ihrem „Lohnherrn“, dem Freiherrn von Grothe, geschädigt worden seien, stürzten die polnischen Arbeiter das Haus des Domänenpächters, so daß Herr v. Grothe sich „gezwungen“ sah, nach der nahegelegenen Garnison Hofgeismar um Hilfe zu telephonieren. Auf seinen „Rothruf“ sprengte denn auch kurze Zeit darauf eine Abtheilung Dragoner unter Führung eines Offiziers in den Gutshof hinein und trieb mit blankem Säbel die mit Säsen, Mistgabeln u. bewaffneten Polen auseinander. Die „Hauptführer“ wurden verhaftet.“ — So ist's recht! Das ist doch einmal eine Niederknüpfung von „begehrlichen“ Arbeitern nach dem Herzen der Scharfmacher. Es ist kaum anzunehmen, daß die armen Teufel von Polen ohne triftigen Grund und ohne schwer gereizt worden zu sein, sich zu den angeblich argen Ausschreitungen haben hinreißen lassen, die sie nun wahrscheinlich schwer werden büßen müssen.

Der Polizei-Revolver und seine Folgen. In einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins zu Danzig am 3. Juli kam die Rede auf das Auftreten der Polizei. Als ein Genosse Bartelt berichtete, daß die Polizei ihn als prinzipiellen Madaubrunder hingestellt habe, erklärte der Polizeikommissar Sachse kurzerhand die Versammlung für aufgelöst und ba ihm die Räumung nicht schnell genug ging, entnahm er ohne die geringste Veranlassung einem Lederfuttoral einen Revolver und richtete diesen auf die in der Nähe der Thür des engen Lokals zusammengedrängt hinausgehenden Genossen!!! Als Genosse Berger den anderen Genossen angesichts des Revolvers warnend zurief, sie sollten sich nur möglichst schnell entfernen, um vor demselben geschützt zu sein, kam Sachse auf ihn zu und drohte: „Herr Berger, wenn Sie die Leute aufreizen, muß ich Sie verhaften.“ Natürlich antwortete Berger, daß die pflichtgemäße Warnung, sich einer drohenden Lebensgefahr zu entziehen, unmöglich eine Aufreizung sein könne. Gerade dieser aufsichtsführende Polizeikommissar war wegen der vom Genossen B. angedeuteten Beleidigung kürzlich bestraft worden, und so packte ihm die Versammlung nicht. Daher die ungelegliche Auflösung und der Revolverangriff! Zwei Tage nach der Versammlung wurde der Wirkjin des Parteilokals die Polizeifeiende auf 8 Uhr abends festgesetzt und die fernere Benutzung des Lokals zu Versammlungszwecken bis auf Weiteres untersagt. Den Arbeitervereinsvorständen gegenüber hat die Polizei diese Maßregel mit den vorgekommenen Ausschreitungen, dem Widerstande gegen die Staatsgewalt begründet. Obgleich der Polizeipräsident den Gebrauch des Lokals „nur“ für Versammlungen verbietet, so erschien am 5. Juli, abends gegen 8 Uhr, im Lokal, in dem der Schank bereits eingestellt war, der Polizeiwachmeister Staab mit einem Schutzmännchen und verlangte die vollständige Räumung des Lokals von den Personen, die ihre Gewerkschafts- und sonstigen Beiträge bezahlten. Als ihm erklärt wurde, daß der Lokalpächter das Lokal an die Kassirer zu diesem Zweck ausdrücklich durch Kontrakt vermietet habe, forderte der Beamte trotzdem die schleunige Räumung. Ihm wurde darauf erklärt, daß die Anwesenden auf ihr gutes Recht nicht verzichten und nur der Gewalt weichen würden. Das nächste Glied der Kette, an die unsere Genossen gelegt werden sollen, ist die am 9. Juli vorgenommene Verhaftung des Genossen Berger.

Die Orgie abergläubischen Wahnes hat in Aachen am Mittwoch ihren Anfang genommen. Viele Tausende nahen sich in Ehrfurchtscharen jenen alten Bapen und rüstigen Mägeln, die nach der Kontramlegenden direkt

